

Zwei Positionen



Beatrix Kursch



Anna Ammann

befragen



Andreas Meisner



Joachim Lohmann

Interview

befragt.....



Cornelia Östreich



Ute Erdsiek-Rave

Ist das Zwei-Säulen-Modell erstrebenswert für die Länder, die es noch nicht haben? Welche anderen Wege zur Schule für alle gibt es? Und – darin besteht Einigkeit – Endpunkt der Schulstruktur-Entwicklung ist das Zwei-Säulen-Modell nicht!

Ute Erdsiek-Rave erinnert sich an die Einführung der Gemeinschaftsschule in Schleswig-Holstein, die Motive dafür und wie die große Koalition dafür letzten Endes eine Hilfe war.



Dieser Link führt zu den Artikeln dieser Rubrik, Seite 29-38

Auf dem Weg zu einer Schule für alle – zwei Positionen

Anna Ammann und **Beatrix Kursch** befragen

Joachim Lohmann und **Andreas Meisner**

Die Einschätzungen zum Zwei-Säulen-Modell sind in der GGG umstritten: Während die einen es für den unabweisbaren Schritt auf dem Weg zur „einen Schule für Alle“ halten, erachten die anderen die Gesamtschule als Parallelangebot zum gegliederten System als notwendig, solange es das gegliederte System gibt.

Wir lassen in diesem Artikel zwei Protagonisten der gegensätzlichen Sichtweisen zu Wort kommen.

Joachim Lohmann ist als exponierter Mitstreiter, Autor und Vertreter des Zwei-Säulen-Modells aus Gymnasium und einer anderen Säule (1) der Überzeugung, dass nur dieser Weg zum Übergang zur gemeinsamen Schule für alle führt.

Andreas Meisner ist Schulleiter der Integrierten Gesamtschule Franzshes Feld in Braunschweig, Niedersachsen, Preisträgerin des Deutschen Schulpreises, und Vorstandsmitglied der GGG Niedersachsen. Das Schulsystem in Niedersachsen ist ein gegliedertes System aus Haupt-, Real und Sonderschulen, dem Gymnasium und – parallel zu dieser Gliederung – der Gesamtschule. Er setzt auf diese Struktur.

Beide stehen hinter dem übergeordneten Ziel der GGG:

„Ziel ist, dass alle Kinder und Jugendlichen eine gemeinsame Schule für alle – eine Schule der Inklusion – bis zum Ende ihrer allgemeinen Schulpflicht besuchen und das tradierte gegliederte Schulsystem auch in Deutschland überwunden wird.“ Satzung der GGG §1 (4) a) I.

Kurzdarstellung der Positionen

Wir haben Joachim Lohmann und Andreas Meisner jeweils gebeten, ihre Positionen darzustellen.



Joachim

Gesamtschule im 2-säuligen Konkurrenzsystem

Die generelle Aufhebung von Haupt- und Realschule zugunsten der Gesamtschule in fünf Bundesländern war der bundesweite Durchbruch für die Gesamtschule und ein unabdingbarer Zwischenschritt zur gemeinsamen Schule für alle.

Der Durchbruch war eine Rettung der Gesamtschule, denn die Kultusminister hatten trotz des PISA-Schocks einvernehmlich das Ende der Strukturdebatte beschworen. Dieser Beschluss drohte nicht nur den Gesamtschulausbau zu beenden, sondern gleich die Abwicklung der Gesamtschule, die bis dahin nicht einmal 10 % eines

Schülerjahrganges beschulte. Es war der Durchbruch: bundesweit wurde sie – auch wegen Reformen in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen – zur am stärksten besuchten Schulform nach dem Gymnasium und in den fünf Bundesländern die Schule der Mehrheit.

Entscheidender als die erhebliche Stärkung des Status der Gesamtschule im Zwei-Säulen-Modell war die deutliche Verringerung der in Deutschland extremen sozialen Bildungsdiskriminierung. Mit der Gesamtschule im Zwei-Säulen-Modell verringerte sich die Stigmatisierung früherer Hauptschüler:innen und verbesserten sich deren Abschluss- und Berufschancen beachtlich. Die Gesamtschulen in diesen fünf Bundesländern haben sich auch vorrangig für die Inklusion geöffnet.

Das zweisäulige Konkurrenzsystem ist zugleich ein unverzichtbarer Zwischenschritt zur gemeinsamen Schule für alle, denn in einer Demokratie gibt es keine Revolution, sondern nur Reformen in Schritten.



Andreas

Das Hierarchiegefälle im Zwei-Säulen-System

Die Reduzierung des gegliederten Systems auf Gymnasium und Gesamtschule löst die Selektion im Kern nicht auf – sei es bezogen auf die Leistungsfähigkeit als auch insbesondere auf den Sozialstatus.

Mit Ausnahme von Bremen werden weiterhin Schüler:innen abgeschult oder wegberaten. Allein dadurch entsteht ein Hierarchiegefälle zwischen Gymnasium und Gesamtschule. Als eine Folge davon sammeln sich die Herausforderungen durch Inklusion, Migration usw. an der Gesamtschule und verändern eine ausgewogene Heterogenität, erfordern erhebliche Kräfte der Lehrer:innen, führen zu Rechtfertigungszwängen einer von Gesamtschule überzeugten Elternschaft und stören pädagogisch anerkannte qualitative Strukturen wie feste Lerngruppen oder unterrichtliche Formate in Gesamtschulen. Dies wirkt sich auf eine Konkurrenz unter Qualitätsaspekten aus.

Will man also nicht wissenschaftlich anerkannten Argumenten folgen, sondern aus traditionell bzw. aus scheinbar vorhandenen Vorteilen für Bildungschancen für eine bestimmte Klientel am Gymnasium festhalten, das sich weiterhin unter dem selektiven Paradigma versteht, muss man die dazugehörigen Schulformen wie Realschule bzw. Hauptschule miterhalten. Parallel dazu existiert die Gesamtschule als echte Alternative.

Schulträgern muss erlaubt werden, die Gesamtschule als vollständig ersetzende Schulform einzuführen. Nur so kann eine angemessene, auf Qualität basierende Konkurrenz der beiden Systeme stattfinden. Sowohl was die Erfolge der Gesamtschule im Leistungsbereich, im Bereich der pädagogischen Entwicklung, aber auch unter dem Aspekt der demokratischen Teilhabe betrifft, steht die Gesamtschule gut da und hat die Nase gegenüber dem gegliederten System vorn.

Wir fragen nach

Den Begriff Gesamtschule findet man in den Ländern, die sich für das Zwei-Säulen-Modell entschieden haben, nicht. Wie erklärst du das?

Joachim

Zehn Bundesländer verwenden den Begriff Gesamtschule nicht mehr, die Gründe sind unterschiedlich.

In vier der fünf Bundesländer mit dem Zwei-Säulen-Modell beruht der Verzicht auf den Namen Gesamtschule auf einem Kompromiss mit der CDU. In drei Ländern wäre die Aufhebung von Haupt- und Realschule zugunsten der Gesamtschule nicht durchsetzbar gewesen ohne Zustimmung der CDU. Für die CDU war die Zustimmung eine bittere Niederlage nach der schärfsten innenpolitischen Konfrontation um die Gesamtschule in der Nachkriegszeit. Die Niederlage wurde für die CDU durch den Namenswechsel verbittert. Der SPD war zu Recht der Durchbruch für die Gesamtschule wichtiger als ihr Name.

Welche Schulformen gibt es in Niedersachsen und wie grenzen sie sich voneinander ab ?

Andreas

In Niedersachsen gibt es einerseits das gegliederte System mit Gymnasium, Real- und Hauptschule. Teilweise wurden Real- und Hauptschulen zu Oberschulen zusammengefasst. Alternativ dazu existieren die Gesamtschulen, überwiegend Integrierte Gesamtschulen (IGSn), bis auf einige Ausnahmen alle mit gymnasialer Oberstufe, und im Bestandsschutz sind einige Kooperative Gesamtschulen (KGSn). Letztere hatten

in der ersten Gründungsphase besondere Akzeptanz im ländlichen Bereich und konnten voll ersetzende Schulform sein. IGSn sind nach Schulgesetz nicht voll ersetzend; es muss immer ein Gymnasium in erreichbarer Nähe sein. Es gibt über 130 Gesamtschulen in Niedersachsen. Die Förderschulen Lernentwicklung laufen in Niedersachsen gerade aus.

Zwei Positionen, ein gemeinsames Ziel:

Die Überwindung der gegliederten Schulstruktur steht bei beiden im Fokus.

Warum hältst du in Deinem zweisäuligen Konkurrenzmodell, wie du es nennst, am Gymnasium fest?

Joachim

Das ist eine bittere Unterstellung, vielmehr ist das Zwei-Säulen-Modell die einzig überzeugende Strategie, die gemeinsame Schule für alle durchzusetzen.

Die Niedersachsen-Position, gleichzeitig nicht nur die Haupt- und Realschule, sondern auch das Gymnasium aufzuheben, ist gesellschaftspolitisch undurchsetzbar.

Das Zwei-Säulen-Modell hat bewirkt,

1. die extreme soziale Diskriminierung für eine Generation sozial benachteiligter Hauptschüler*innen zu reduzieren,

2. den Durchbruch für die Gesamtschule zu schaffen – trotz der einvernehmlichen Verabredung der Kultusminister, die Strukturdebatte zu beenden. Statt dass die Gesamtschule auf niederem Niveau verharrte, wurde sie in den Zwei-Säulen-Modell-Ländern die am stärksten

und bundesweit die am zweithäufigsten besuchte Schulform,

3. den Aufstieg zu einer gesellschaftlichen Kraft, die nur dort erste Eingriffe in das Selektionsrecht des Gymnasiums bewirkte – vor allem in Bremen.

Warum hältst du dennoch am viel gegliederten System fest?

Andreas

Das Ziel beider Positionen ist gleich, die Strategien sind anders.

Bleibt das Gymnasium im Zwei-Säulen-Modell in seiner Selektivität unangetastet, bleibt es bei der gegliederten Schulstruktur – mit der Folge, dass die Gesamtschule als „Auffangschulform für Abschlüsse des Gymnasiums“ in das gegliederte System eingebettet wird. Somit festigt man sogar die Rolle des Gymnasiums mit der bisherigen Rolle im gegliederten Schulsystem und verändert die Rolle der Gesamtschule als echte Alternative zum gegliederten Schulsystem. Daher erscheint es bildungspolitisch konsequent, dass, wenn das Gymnasium als Element eines gegliederten System unangetastet bleibt, der Rest eines gegliederten Systems aufrecht erhalten werden soll – mit allen Konsequenzen: teures System, unsinniges schulformbezogenes Lehramt, Aufrechterhaltung der Bildungsungerechtigkeiten usw.. Das muss dann in aller Unsinnigkeit von der Bildungspolitik gesellschaftlich gerechtfertigt werden. Immer wieder wird die Abschaffung des gegliederten Schulsystems gefordert, zuletzt erst vom politisch unverdächtigen IfO-Institut (*Der ifo-„Ein Herz für Kinder“-Chancenmonitor: Wie (un-)gerecht*

sind die Bildungschancen von Kindern aus verschiedenen Familien in Deutschland verteilt? Ludger Wößmann, Florian Schoner, Vera Freundl und Franziska Pfaehler, ifo Schnelldienst 4 / 2023).

Die Überwindung des gegliederten Systems wird nicht durch das Zwei-Säulen-Modell erreicht.

Das Zweisäulensystem löst das Hierarchiegefälle zwischen Gymnasien und Gesamtschulen auf. Das niedersächsische Modell hingegen vertieft die Kluft immer mehr. Wie kommst du zu dieser Annahme?

Joachim

Es geht nicht um die soziale, sondern um die rechtliche Gleichstellung. Rechtlich führen jetzt in dem Zwei-Säulen-Modell alle Schulen – außer der Förderschule – den gymnasialen Bildungsgang, führen zu den gleichen Abschlüssen und Berechtigungen.

Es verbleibt bisher leider das Recht des Gymnasiums zur Selektion und die Verpflichtung der Gesamtschule, abgewiesene Schüler:innen aufzunehmen. Allerdings hat die Gesamtschule erstmals im Zwei-Säulen-Modell das Selektionsrecht des Gymnasiums teilweise einschränken können. Von einer Vertiefung des Hierarchiegefälles durch das niedersächsische Modell spreche ich nicht. Das Niedersachsen-Modell (gemäß der Wahlprüfsteine der GGG-Niedersachsen zur Landtagswahl 2022 (2)) vereitelt aber die Überwindung des selektiv-hierarchischen Schulsystems, indem sie nicht nur das zweisäulige Konkurrenzsystem, sondern sogar neue Gesamtschulen dann verhindern will, wenn sie bestehende sozial beeinträchtigt.

Erläutere doch bitte deine Haltung dazu!

Andreas

Wie oben aufgeführt, löst das Zwei-Säulen-Modell ohne Veränderung des Gymnasiums nicht das gegliederte System auf, sondern degradiert die Gesamtschule als Auffangschule für alles, was das Gymnasium nicht leisten kann oder will. Dadurch wird nicht nur die komplette Leistungsheterogenität der Gesamtschule beschnitten, auch Herausforderungen für eine Bildungsgerechtigkeit werden als Aufgabe vom Gymnasium ferngehalten und nur der Gesamtschule auferlegt.

Fehlende Bildungsgerechtigkeit und Konkurrenz der Schularten sind Themen, die vielen Beteiligten Sorge bereitet.

Die unterschiedlichen Bedingungen an den Gesamtschulen im Zwei-Säulen-Modell und die Existenz von Hauptschulen in etlichen Bundesländern werden kritisch betrachtet.

Ein Teil der Gesamtschulen – häufig werden sie Brennpunktschulen genannt – werden als Quasi-Hauptschule erlebt. Du sagst aber, die beiden Säulen im Zwei-Säulen-Modell wären absolut gleichwertig. Was entgegnest du den oben genannten Einwänden?

Joachim

Auch von einer absoluten Gleichwertigkeit im Zwei-Säulen-Modell spreche ich nicht.

1. Durch das Zwei-Säulen-Modell entstehen keine Brennpunktschulen; vielmehr wird durch das Zwei-Säulen-Modell

die Separation zwischen Real- und Hauptschule aufgehoben und die Schülerschaft im Schnitt ausgeglichener.

2. Tritt eine Gesamtschule an die Stelle einzig einer oder mehrerer sozial einseitiger Hauptschulen, können sozial belastete Gesamtschulen an die Stelle sozial belasteter Hauptschulen treten.

3. Auch für diese Gesamtschulen ist der Ausdruck Quasi-Hauptschule eine Diffamierung. Die ehemaligen Hauptschulen werden stattdessen als Gesamtschulen pädagogisch wie gesellschaftlich deutlich aufgewertet.

4. Die Schule und alle Beteiligten werden weniger diskriminiert und erhalten deutlich bessere Bildungs-, Abschluss- und Lebensperspektiven.

5. Gesamtschulen, die sich selbst als Quasi-Hauptschulen bezeichnen, demontieren sich selbst. Bei ihnen hat die Fortbildung und Schulentwicklung versagt.

6. Die Gesamtschule ist vielmehr die einzige bildungspolitische Chance, um das Los von Brennpunkthauptschulen im gegenwärtigen Schulsystem zu überwinden.

7. Eine Vielzahl von Gesamtschulen ist aus dahinsiechenden oder aus Brennpunkt-Hauptschulen entstanden. Auch diesen Schulen verdanken wir das Ansehen von Gesamtschulen.

8. Für beachtlich viele Hauptschulen ist die Gesamtschule nicht etwa eine Quasi-Hauptschule, sondern geradezu eine Erlösung aus ihrer quantitativ und sozial dahinsiechenden Schulform.

9. Das belegt Baden-Württemberg. Hier wandelten sich innerhalb von fünf Jahren so viele Hauptschulen freiwillig in Gesamtschulen um, dass die Hauptschule praktisch zusammenbrach. Diese aus Hauptschulen entstandenen Gesamtschulen haben sich so bewährt, dass die CDU trotz ihrer Wahlankündigung als Regierungspartei die Gesamtschule nicht anzufassen wagte. Der Vorwurf der Quasi-Hauptschule ist eine Diffamierung für viele Gesamtschulen.

10. Wenn die Landespolitik nicht zum Zwei-Säulen-Modell bereit ist, sollten Gesamtschulanhänger sich intensiv für die Umwandlung von Hauptschulen in Gesamtschulen einsetzen. Es ist sozial nicht erträglich, dass das Niedersachsen-Modell nur unter einengenden Bedingungen neue Gesamtschulen gründen will.

Das niedersächsische Modell basiert auf der Grundlage: Erhalt von HR-Schulen, um die Qualität der parallel dazu existierenden Gesamtschulen zu sichern. Die Hauptschule wurde in vielen Bundesländern aber gerade deswegen aufgelöst, weil sie als Resteschule die betroffenen Schülerinnen extrem stigmatisieren. Was sagst du zu diesem Vorwurf?

Andreas

Eine Schulform per se stigmatisiert keine Schüler:innen; es ist die gesellschaftliche Sichtweise. Genau hier setzt der Hebel der Gesamtschule als Alternative zum gegliederten Schulsystem an: Wenn die Politik das Gymnasium als unverändertes Format im gegliederten System vorhalten will, dann soll sie auch konsequenterweise

das Restsystem des gegliederten Systems vorhalten. Wenn das gegliederte System zu gesellschaftlichen Stigmatisierungen führt, muss es als Ganzes abgeschafft und nicht im Zwei-Säulen-Modell in der Gesamtschule als Auffangschule neben dem Gymnasium versteckt werden.

Die Gesamtschule – wie auch nach diesem Prinzip arbeitende Schulen neben dem Gymnasium im Zweisäulensystem – setzt andere pädagogische (keine Noten bis Jahrgang 9, kein Sitzenbleiben, heterogene Lerngruppen, individuelle Feedbacks zu Leistungen, Ganztags für ein gemeinsames Lernen und Leben usw.) und fachliche (Fächerübergreifend z.B. Naturwissenschaften und Gesellschaftslehre sowie projektartiges und selbstgesteuertes Lernen) Konzepte um, welche einerseits wissenschaftlichen Erkenntnissen des Lernens, aber auch den Anforderungen der Abnehmer aus der Wirtschaft entsprechen. Damit erzeugen sie nachweislich eine höhere Bildungsgerechtigkeit als das gegliederte System. Somit geht es nicht nur um eine Konkurrenz der Strukturen, sondern auch um eine Konkurrenz der Qualitäten. Die Gesamtschule bietet eine Struktur, die diese Qualitäten besser als das gegliederte System bedienen kann.

In vielen Bundesländern ist der Elternwille das ultimative Steuerungsinstrument der Schulentwicklung.

Wie bewertet ihr den Vorrang des Elternwillens vor dem Anspruch auf politische Steuerung? Welche Steuerungselemente würdet ihr euch wünschen?

Joachim

Das Elternrecht hebt das Recht des Gesetzgebers nicht auf. In den Zwei-Säulen-Modell-Ländern hat die Politik das Elternrecht auf den Besuch von Haupt- und Realschule aufgehoben. Gegenüber dem Gymnasium wird die Politik ihre Gestaltungsmacht aber nur unter drei Bedingungen ausüben:

1. Die Gesamtschule überzeugt auch Teile des Bildungsbürgertums, dass sich Schüler*innen durch solidarisches Fördern besser entwickeln als unter selektivem Druck.

2. Die Gesamtschule ist mächtig genug, um das Gymnasium wegen seiner Selektion und seiner Verweigerung der Inklusion stetig anzuprangern.

3. Das Gymnasium wird politisch zu Einschränkungen bei der Selektion gezwungen.

Nur unter der durch das Zwei-Säulen-Modell deutlich gestärkten Gesamtschule wird das Gelingen.

Andreas

Gegen den Elternwillen wird keine Bildungspolitik gelingen. Allerdings stellt sich die Frage nach „Henne und Ei“. In Niedersachsen gab es ein Gründungsverbot für Gesamtschulen und danach sehr zurückhaltende Neugründungen durch die Bildungspolitik. Mit der Verleihung des Deutschen Schulpreises an mehrere Gesamtschulen auch in Niedersachsen kam

die Qualität der Gesamtschule durch eine öffentliche Diskussion ins Bewusstsein von Eltern und Politik und danach hat sich aufgrund von Elternwille und Politik die Anzahl der Gesamtschulen in Niedersachsen verdoppelt. Grund war nicht die Elternflucht aus Haupt- und Realschule – darauf hat die konservative Landesregierung mit der Einführung von Oberschulen reagiert –; Grund war, dass Eltern und Politik die ausgezeichnete Qualität der Gesamtschule vor Ort haben wollten.

Daher kann Politik, aber auch Wissenschaft und Wirtschaft durch eine öffentliche Diskussion dessen, was Schule leisten soll, durchaus Einfluss auf den Elternwillen nehmen und durch politische Entscheidungen steuern. In Niedersachsen könnte die Genehmigung der Gesamtschule als voll ersetzende Schulform solches bewirken.

Was tun?

2009 hat die Bundesrepublik die UN-Behindertenrechtskonvention unterzeichnet und sich damit zu einem inklusiven Schulsystem bekannt. Die Gymnasien werden von der Aufgabe der Inklusion aber weitgehend freigehalten.

Joachim

Einerseits muss der Druck auf die Gymnasien erhöht werden, sich der Inklusion zu öffnen und zwar so, dass sich die Schüler:innen mit Förderbedarf dort wenigstens halbwegs positiv entwickeln; andererseits kann die Gesamtschule darauf nicht warten, sie soll sich für die Inklusion öffnen, ansonsten wird sie ihrem Anspruch und ihrer Fähigkeit nicht gerecht, Schüler:innen mit Förderbedarf zu fördern.

Auch dieser Aspekt liefert eine Begründung gegen das Zwei-Säulen-Modell. Das klassische, unveränderte Gymnasium mit Sitzenbleiben und gleichem unterrichtlichem Vorgehen für alle Schüler:innen hält in seinem gegliederten Paradigma keine individuellen Lernwege und unterschiedliche Lernziele vor: Wer nicht dazu passt, gehört nicht aufs Gymnasium. Dieses Paradigma führt zur Nichtaufnahme oder Abschulung der meisten inklusiv zu beschulenden Kinder. Da das Zwei-Säulen-Modell diese Gliederung nicht aufhebt, muss die zweite Säule diese Aufgabe in der Regel übernehmen.

Grundsätzlich funktioniert weder das gegliederte System noch das (eigentlich weiterhin gegliederte) Zwei-Säulen-Modell unter dem Aspekt der UN-Behindertenrechtskonvention, wenn das Gymnasium konzeptionell unangetastet bleibt.

Ausblick:

Als endgültiges Ziel seht ihr die Gesamtschule als ersetzende Schulform. Wie weit ist der Weg dahin noch?

Joachim

Die eigentliche Frage nach der ersetzenden Schulform Gesamtschule ist nicht das Wann, sondern das Ob.

Schritte beim zweisäuligen Konkurrenzsystem sind die

- weitere Anhebung und Aufwertung der Gesamtschule einschließlich einer überzeugenden Oberstufenlösung,
- sukzessive Aufhebung der gymnasialen Selektion,
- zunehmende Vereinheitlichung.

Ohne das Zwei-Säulen-Modell sehe ich keine Chance, die gemeinsame Schule für alle durchzusetzen, zusammen mit weiteren Schritten wird die Politik die Schulformen vereinheitlichen. Innerhalb einer Generation erwarte ich die gemeinsame Schule für alle in allen Bundesländern.

Andreas

Sicher ist der Weg noch ein weiter. Durch die Bildungshoheit der Länder und ein in Traditionen verhaftetes Bildungs- und Ausbildungssystem wird keine schnelle Lösung zu erwarten sein. Dennoch muss die Diskussion, was Schule für eine nachhaltige Zukunft leisten soll, immer wieder in der Gesellschaft angestoßen und geführt werden. Zurzeit bestimmen Themen wie Klimawandel, Migration, Demokratieferne, Bildungsgerechtigkeit, Fachkräftemangel und Krieg in Europa die gesellschaftliche Diskussion. Es muss diskutiert werden, wie Schule solchen aktuellen und zukunftsorientierten Themen gerecht wird. Bildungspolitik muss sich dieser Diskussion annehmen und nach Konzeptionen und Qualitäten der Bildung fragen. Das Gymnasium liefert bisher keine Antwort auf solche Fragen, die Gesamtschule als alleinige Schulform bietet eine gute Basis dafür.

Wenn ich du wäre?

Wenn du in Niedersachsen das Sagen hättest, würdest du als erstes die 130 Gesamtschulen auflösen und mit HR-Schulen zum Zwei-Säulen-Modell zusammenführen?

Joachim

Die Frage ist eine Unterstellung.

1. Alle vor dem Zwei-Säulen-Modell bestehenden Gesamtschulen existieren weiterhin.
2. Es ist jammervoll, wenn bestehende Gesamtschulen der Politik die Auflösung vorwarfen, weil sie u.a. ihre Schülerselektion beibehalten und den neuen Gesamtschulen keine ausgeglichenerere Schülerschaft gönnen wollten.

Sinnvoll wäre ein Kompromiss zwischen Einzugsbereichen bzw. dem Losverfahren und der Auswahl nach Schwerpunkten.

Was tätetest du als politisch Verantwortlicher in Bundesländern mit einem Zwei-Säulen-Modell, in denen Gesamtschulen als Parallele keine Chance hatten bzw. haben?

Andreas

Wie oben dargelegt, würde ich das Gymnasium nicht unverändert lassen. Die Bremer Lösung mit einem Abschulungsverbot und einer begrenzten Anzahl von Gymnasien wäre ein erster Schritt. Die zweite Säule würde ich mit einer obligatorischen gymnasialen Oberstufe ausstatten; bei kleineren Systemen eine Verbundoberstufe einführen. Schulen von Jahrgang 1–13 sollten möglich sein. Schulträgern muss ermöglicht

werden, die Gesamtschule als alleinige ersetzende Schulform vorzuhalten.

Grundsätzlich muss aber auch die Erlasslage für alle Schulformen geändert werden, die zwar KMK-konform ist, aber gut wissenschaftlich begründete Lern- und Entwicklungsmöglichkeiten einfordert: keine Noten, keine Versetzung, individuelle Lernwege mit individuellen Rückmeldeformaten, selbstgesteuertes Lernen, projektorientiertes Lernen, Teilhabe und Partizipation usw..

Eine schulformbezogene Lehrer:innenausbildung muss gegen eine Stufenausbildung (1–10 und 5–13) ausgetauscht werden.

Bei all den genannten Punkten hat eine Gesamtschule die besten Voraussetzungen und könnte die alleinige Schulform werden, weil die Eltern und die Gesellschaft Schule nach Qualität bewerten werden.

Joachim und Andreas, wir danken euch sehr für eure Ausführungen. Es ist immer wichtig, die Basis für strukturelle Entscheidungen im Bildungsbereich verstehen zu können. Dazu konntet ihr beitragen.

► Anmerkungen:.....

(1) Joachim Lohmann nennt diese andere Säule Gesamtschule, in den Bundesländern mit dem Zweisäulenmodell heißt diese zweite Säule unterschiedlich, zum Beispiel Gemeinschaftsschule, Oberschule oder Stadtteilschule. Unabhängig davon sind sich die Gesprächspartner einig, dass es sich bei der Gesamtschule um eine Schulform handelt, die alle Schüler*innen aufnimmt und alle Bildungsgänge anbietet.

(2) <https://ggg-web.de/z-ni-diskurs/26/ni-stellungnahmen/1821> abgerufen 19.07.2023

Einführung der Gemeinschaftsschule in Schleswig-Holstein

Cornelia Östreich

interviewt

Ute Erdsiek-Rave

Die Bildungsministerin in Schleswig-Holstein 1998-2009 (SPD) beschreibt im schriftlichen Interview die politischen Hintergründe für die landesweite Einführung der Gemeinschaftsschule ab 2007.

Frau Erdsiek-Rave: Was waren die Schwerpunkte Ihrer ersten Amtszeit als Bildungsministerin in Schleswig-Holstein? Hätten Sie 1998 bereits gehnt, dass es Ihnen innerhalb der folgenden zehn Jahre gelingen würde, das Bildungssystem des Landes so gründlich umzukrempeln, dass heute (2023) die Mehrheit der Kinder und Jugendlichen in der Sekundarstufe eine Gemeinschaftsschule besucht?

Mein Wechsel aus dem Fraktionsvorsitz in das Kultusministerium 1998 war Bestandteil einer Kabinettsumbildung zur Halbzeit. Die Erwartungen an mich waren hoch: Es sollte nach dem Streit um den Beamtenstatus, um die Rechtschreibreform, um die sog. Vorrangsstunde und die üblichen wohlbekanntesten Forderungen nach mehr Stellen, kleineren Klassen, weniger Belastungen endlich etwas Ruhe in die Bildungslandschaft kommen. Es galt und gilt ja immer noch das alte Motto, dass man mit Bildungspolitik keine Wahlen gewinnen, wohl aber verlieren kann. In dieser Situation über Strukturveränderungen im System auch nur öffentlich nachzudenken, verbot sich von allein. Mein eigener bildungspolitischer Kompass aber war und ist ausgerichtet auf Gleichheit, Gerechtigkeit, auf gleiche Chancen von Anfang an.

Können Sie die Hintergründe dafür erläutern?

Meine Erfahrungen als Lehrerin an einer Hauptschule, meine Jahre in Schweden hatten mich nachhaltig geprägt.

Aber ebenso nachdrücklich waren die Erfahrungen in den erbitterten schulpolitischen Debatten im dann folgenden Landtagswahlkampf. Die SPD hatte in ihrem Wahlprogramm das langfristige Ziel einer Schule für Alle benannt. Bei der Opposition hieß das „Einheitsschule“. Aber dieses Gespenst tat nicht seine erhoffte Wirkung, die SPD blieb Regierungspartei.

Nun hatten Sie eine längere Perspektive für Ihre bildungspolitischen Ziele. Aber das schleswig-holsteinische Schulsystem war ja zu der Zeit vom gemeinsamen Lernen noch ziemlich weit entfernt. Gesamtschulen gab es nur am Hamburger Rand und in einigen größeren Städten.

Mir war damals klar, dass wir die Veränderung der Schulstruktur langfristig vorbereiten, sorgfältig mit Fakten unterfüttern und so etwas wie einen gesellschaftlichen Lernprozess organisieren mussten. Uns kam zu Hilfe, dass die Drei- oder besser Viergliedrigkeit des Schulsystems schon damals nur noch eine Fiktion war. Wir hatten längst begonnen, die Förderschulen in das allgemeine System zu integrieren und zugleich war die Hauptschule trotz aller Versuche, sie zu „stärken“, nicht mehr nachgefragt und befand sich fast schon in der Selbstauflösung. Bei meinen Schulbesuchen wurde immer klarer: Diese Schulform hatte sich nicht nur überlebt, sondern bot auch keine Rahmenbedingungen mehr für Lernmotivation und Lernerfolge.

Dann – 2001 – kam PISA. Aber strukturelle Veränderungen wurden, wenn ich mich recht erinnere, nicht sofort angepackt.

Und dann kam PISA. Wir alle kennen die Debatten und Erwartungen an die Schulpolitik, die darauf folgten. Das Zauberwort hieß individuelle Förderung, hieß Schulentwicklung usw. usw. Auf die Schulstruktur komme es nicht an, so das Mantra auch von so manchem Bildungsforscher. Auch innerhalb der SPD bundesweit, auch unter den Bildungsminister*innen gab es keine Einigkeit. Die Befürchtung war groß, dies könne eine Debatte werden, die wir nicht gewinnen können und die alle behutsamen Veränderungen stören würde. Zum Glück war die SPD in Schleswig-Holstein nicht so hasenfüßig und konservativ.

Wie gelang dann die notwendige politische Überzeugungsarbeit?

Wir hatten ein Gutachten zur demographischen Entwicklung innerhalb der bestehenden Strukturen in Auftrag gegeben, das klar zeigte: Das System hat keine Zukunft, Standorte können nicht gesichert werden, insbesondere natürlich bei den Hauptschulen. Das Gutachten brachte erstmals den Begriff der „Gemeinschaftsschule“ in die öffentliche Diskussion. Es wurde über Zahlen und Fakten und Lösungswege debattiert und weniger über die ideologische Phrase der „Einheitsschule“.

Der mögliche Weg wurde im folgenden Wahlprogramm beschrieben als ein Weg „von unten“ – die Schulträger sollten entscheiden. Dennoch wurde die neue „Gemeinschaftsschule“, das längere gemeinsa-

me Lernen, im Wahlkampf insbesondere von der CDU, dem Philosophenverband und dem VdR erbittert bekämpft. Damals wie heute mit den immer gleichen Argumenten, hinter denen die Verteidigung von Privilegien und der tief sitzende Glaube an das Prinzip des Sortierens und Aussonderns steckten.

Warum hielt die CDU nicht an ihrer Ablehnung fest? Sie war doch die dominante Partei in der Großen Koalition, die nach der gescheiterten Wiederwahl von Heide Simonis im Landtag 2005 eingegangen werden musste.

In den Verhandlungen zum Koalitionsvertrag mit der CDU hatte die Verankerung der Gemeinschaftsschule absolute Priorität. Am Schluss hing das Zustandekommen einer Großen Koalition an diesem seidenen Faden und die CDU gab nach. Mit Sicherheit hat sie den dann folgenden, dynamischen Prozess nicht vorausgesehen.

Das wirkt paradox ...

Es mag absurd klingen, aber im Nachhinein ist mir klar: Die Große Koalition und die große Mehrheit für das neue Schulgesetz haben die Entwicklung stark erleichtert und die Akzeptanz dieser großen Strukturveränderung hergestellt.

Etliche CDU-geführte Kommunen entschieden sich sehr schnell für die Umwandlung ihrer Schulen in eine gemeinsame Schule. Manchen dauerte es sogar zu lange, bis das Gesetz endlich in Kraft trat. Eltern forderten es ein – und für die Schulträger war es schlicht attraktiv, ein Schulangebot mit allen Abschlüssen auch an kleineren Standorten zu erhalten oder

auch parallel zum (damaligen) G8-Gymnasium den längeren Weg zum Abitur anzubieten.

Weniger Ideologie, mehr Pragmatismus, so konnte man die Haltung auf der kommunalen Ebene beschreiben. Das gefiel beileibe nicht allen Landespolitikern, denn es war klar: Gemeinsames Lernen war in Schleswig-Holstein das Markenzeichen sozialdemokratischer Bildungspolitik.

Es gab ja noch das Konstrukt der Regionalschule aus getrenntem Haupt- und Realschulzweig mit gemeinsamer Orientierungsstufe; allerdings nur für kurze Zeit.

Die Regionalschule parallel als Option im Schulgesetz zu verankern – das war natürlich ein Zugeständnis an unseren Regierungspartner. Es zeigte sich schnell, dass diese Option nicht den Vorstellungen und Wünschen von Eltern und Schulträgern entsprach. Da wo sie gewünscht war, wurde sie eingeführt – inzwischen ist das Geschichte.

Eine rasante Entwicklung: 2005 Koalitionsvertrag – 2006 neues Schulgesetz – umgesetzt mit dem Schuljahr 2007/08. Aber auch allgemein akzeptiert?

Die politische Ebene, das Verhandeln und Durchsetzen war das Eine. Mindestens genauso wichtig war die Unterstützung der Schulen, die Beratung und Fortbildung der ersten Schulen, die diese Pionierarbeit leisten sollten und dies keineswegs immer auch wollten. Anders als bei der Gründung von Gesamtschulen mussten die Gemeinschaftsschulen sich aus dem Vorhandenen entwickeln, dem vorhandenen Personal mit

seinen Erwartungen, seiner Skepsis auch, den Gebäuden, den knappen finanziellen Möglichkeiten. Insbesondere dort, wo starke und auch nachgefragte Realschulen betroffen waren, gab es Konflikte und auch Widerstand. Ich erinnere mich an einen Jahreskongress des VdR, bei dem ich minutenlang ausgebuht wurde und man mich nicht zu Wort kommen ließ. Es hat einige Jahre gedauert, bis endgültig klar war, dass die Regionalschule keine zukunftsfähige Schulform war. Von da ab war das Schulsystem in Schleswig-Holstein zweigliedrig.

Hätte es auch die Möglichkeit gegeben, die Gymnasien in den Umgestaltungsprozess mit einzubeziehen – über die Zweigliedrigkeit hinauszugehen?

In diesen Prozess konnten sogar ausdrücklich auch die Gymnasien einbezogen werden, das Schulgesetz schloss diese Möglichkeit ein. Allerdings wurde einzig auf Fehmarn mit seiner besonderen Lage eine Gemeinschaftsschule gegründet, in der das dortige „Inselgymnasium“ aufging. Das erfuhr natürlich große, sogar bundesweite Aufmerksamkeit – blieb aber die Ausnahme.

Kann man sagen, dass die schleswig-holsteinische Entwicklung zur Zweigliedrigkeit modellhaften Charakter hatte? Wo gab es damals besondere Herausforderungen?

Viele Bundesländer nördlich der Mainlinie sind inzwischen einen ähnlichen Weg gegangen. Für die bestehenden – wenigen – Gesamtschulen in Schleswig-Holstein war es schwer

zu akzeptieren, dass sie einen neuen Namen und auch einige neue Regeln bekamen. Sie waren die Pioniere, hatten viel Erfahrung gesammelt und konnten in vielerlei Hinsicht als Vorbilder dienen. Sie sind nach wie vor sehr erfolgreiche, oft preisgekrönte Schulen, die stolz auf ihre Entwicklung sein können.

Ein Endpunkt?

Nach wie vor sind in Deutschland die Bildungschancen ungleich verteilt. Der Schulerfolg hängt stark von der sozialen und ethnischen Herkunft ab. Das ist nicht nur beschämend und ungerecht, es ist auch ökonomisch fatal, weil wir jede Begabung in Zukunft brauchen werden. Ein durchlässiges, förderndes System ist nicht der einzige, aber einer der wichtigsten Lösungswege, um aus diesem so hartnäckigen Dilemma herauszukommen. Davon bin ich überzeugt.

Wie beurteilen Sie die derzeitigen Aussichten dafür?

Ob aus dem zweigliedrigen irgendwann ein Schulsystem erwächst, das inklusiv in jeder Hinsicht ist, in dem es keine Sonderwege mehr gibt?

Dazu braucht es gesellschaftliche Debatten, politische Anstöße und Mut. Das alles ist derzeit nicht in Sicht. Die Diskussionen kreisen um Digitalisierung, um Ausstattung und Geld, gewiss auch um die Förderung der Benachteiligten.

Die große Aufgabe Inklusion ist in den Hintergrund geraten und wird als Problemthema empfunden. Schleswig-Holstein ist zum Glück und dank einer langjährigen inklusiven Entwick-

lung hier sehr viel weiter als die meisten Bundesländer.

Ich hoffe, dass diese Entwicklung weitergehen wird, dass auch die privilegierten Bildungsteilnehmer sich sorgen werden um sozialen Sprengstoff und um die ökonomische Zukunft, wenn sich nichts ändert. Das gilt für die Schulstruktur einschließlich der Hauptschule und Förderschule da, wo es sie noch gibt. Und es geht um starke Förderung der schwachen und benachteiligten jungen Menschen.

**Frau Erdsiek-Rave,
ich danke für das Gespräch.**